

INTERGLOBAL

ARMENIEN/ASERBAIDDSCHAN

Bergkarabach ist nicht genug

Marcus Latton

Aserbaidsschan stellt implizit weitere Gebietsansprüche an Armenien, doch das enge Bündnis des Diktators Alijew mit der Türkei ist Russland ein Dorn im Auge.

Ein Waffenstillstand wurde im November 2020 nach Vermittlung Russlands unterzeichnet, doch beendet ist der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidsschan nicht (woxx 1607). So gab es am 19. Juli erneute Gefechte. Einem Bericht des armenischen Online-Portals Hetq zufolge feuerten aserbaidsschanische Militäreinheiten mit Maschinengewehren in Richtung der Dörfer Sotk und Kut, den Angaben des Gemeindegemeindeführers zufolge wurde jedoch niemand verletzt. Zuvor war am 14. Juli an der Grenze zur aserbaidsschanischen Enklave Nachitschewan ein armenischer Militärposten im Ort Jerasch angegriffen worden, das armenische Verteidigungsministerium teilte mit, dass ein armenischer Soldat dabei starb. Auch in der Region Bergkarabach, die im Krieg vergangenen Jahres zu großen Teilen unter aserbaidsschanische Kontrolle geriet, sowie in Aserbaidsschan kam es im Juli in diversen Orten wie Agdam oder Tovuz zu Kämpfen, bei denen Soldaten auf beiden Seiten verletzt wurden.

Die Dimensionen des jüngsten Kriegs mit weitreichenden Drohneinsätzen vor allem von aserbaidsschanischer Seite, mit Luftbombardements und mindestens 7000 Toten erreichen die neuen Scharmützel nicht. Denn die Situation am Boden hat sich grundlegend verändert: Russische Truppen überwachen den

fragil erscheinenden Waffenstillstand und die nicht weniger fragil erscheinende Autonomie der selbsternannten armenischen Republik Artsach, die nach den aserbaidsschanischen Gebietsgewinnen beinahe völlig umzingelt ist. Der Zugang von armenischer Seite über den verbliebenen Latschinkorridor ist stark reglementiert, außer russischen und armenischen Staatsbürgern werden derzeit kaum auswärtige Gäste in die armenische Enklave hineingelassen, wie das Online-Portal Eurasianet berichtet.

In Aserbaidsschan hingegen zelebriert man den Sieg über den Erzfeind weiterhin unverhohlen – auch mit ausländischen Gästen. Am 9. und 10. Juli besuchte eine Botschafterdelegation mit Teilnehmern aus der Türkei, Österreich, Schweden, Italien, Israel, Japan und China den Ort Schuscha in Bergkarabach. Armenien ist die Stadt als Schuschi bekannt, sie war vor der Eroberung durch das aserbaidsschanische Militär im Herbst die zweitgrößte Stadt der Enklave. Die armenische Bevölkerung ist geflohen. Jetzt will Aserbaidsschans Diktator Ilham Alijew Schuscha zur „kulturellen Hauptstadt“ des Landes machen und alte Moscheen sowie Gebäude restaurieren.

Für die Bevölkerung und die Regierung Armeniens dürften solche internationalen Besuche in der ethnisch gesäuberten Stadt eine Provokation darstellen – zumal Schuscha bereits im vorigen Monat zum symbolischen Ort für eine weitere Vertiefung der Kooperation zwischen Aserbaidsschan und der Türkei wurde. Am 15. Juni betraten der türkische Präsident Recep

Tayyip Erdoğan und Alijew den Ort gemeinsam, bezeichneten ihre Länder wiederholt als „Brudervölker“ und unterzeichneten ein bilaterales Abkommen. Darin wurden unter anderem ein Verteidigungsbündnis der beiden Länder sowie erweiterte gemeinsame Militärübungen vereinbart. Auch die Unverletzlichkeit der Grenzen wurde festgehalten.

Durch die türkische Armeepresenz in Aserbaidsschan und den potenziellen Aufbau eines permanenten Stützpunkts sieht sich Russland mit Truppen eines Nato-Mitglieds im Südkaukasus konfrontiert

Doch dürfte sich dieser Passus wohl nur auf die Staatsgrenzen der Türkei und Aserbaidsschans beziehen. Obwohl das Alijew-Regime sowie Aserbaidsschans außerparlamentarische Opposition im Konflikt mit Armenien auf die territoriale Integrität als völkerrechtliches Prinzip pochen (während sich die Republik Artsach auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beruft), scheint man im Falle Zyperns mit anderen Maßstäben zu messen. Der nördliche Teil der Insel ist von der Türkei besetzt und wird international nicht als eigener Staat anerkannt. Dennoch besuchte im Juli eine aserbaidsschanische Delegation

Nordzypem; Regierungsvertreter und Staatsmedien fordern immer wieder, dass Aserbaidsschan die Unabhängigkeit Nordzyperns anerkennen solle.

Die weiterreichenden Implikationen des Schuscha-Abkommens dürften jedoch vor allem die geopolitische Ordnung im Südkaukasus betreffen. Während zur Zeit der Zaren und der Sowjetunion die Region vor allem unter russischer Hegemonie stand und durch diverse Straßen und Zugverbindungen vernetzt war, brach diese Infrastruktur mit der Unabhängigkeit Armeniens und Aserbaidsschans 1991 zusammen. Armeniens Grenzen zur Türkei und zu Aserbaidsschan sind bis heute geschlossen, Bahngleise wurden stillgelegt. Nach den Vorstellungen von Alijew und Erdogan soll sich das ändern: Die Bahnverbindungen zwischen der Türkei, Armenien, Iran und Aserbaidsschan sollen künftig wieder in Betrieb genommen werden.

Vor allem die militärische Kooperation zwischen Aserbaidsschan und der Türkei stößt in Russland auf Ablehnung. Durch die türkische Armeepresenz in Aserbaidsschan und den potenziellen Aufbau eines permanenten Stützpunkts sieht sich Russland mit Truppen eines Nato-Mitglieds im Südkaukasus konfrontiert – eine Region, die in Moskau als traditionelle russische Einflussphäre betrachtet wird. Nach Erdogans Besuch in Schuscha verkündete Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin: „Der Einsatz von militärischer Infrastruktur von Nato-Bündnismitgliedern in der Nähe unserer Grenzen ist Grund für unsere besondere Aufmerksamkeit.“ Russ-

Präsident İlham Aliyev am 12. April 2021 anlässlich der Eröffnung des „Parks der Trophäen“ in der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku. Die ausgestellten Helme wurden im Krieg gegen Armenien erbeutet.



FOTO: AZERBAIJANI PRESIDENCY CC 4.0

land werde Schritte einleiten, um seine Sicherheit und seine Interessen zu verteidigen.

Die implizite Drohung aus Moskau kommt in einer Zeit, in der Aserbaidschan nach dem Sieg über Armenien immer selbstbewusster seine regionale Macht demonstriert. Die geplante Bahntrasse zu Aserbaidschans Exklave Nachitschewan soll durch Armeniens südliche Provinz Sjunik führen. Diese heißt in Aserbaidschan Westsangesur.

„Westsangesur ist unser historisches Land“, sagte İlham Aliyev bei der Eröffnung einer Unterkunft für die Familien gefallener Soldaten in Baku. „Der Sowjetstaat hat Sangesur Aserbaidschan entrissen und Armenien übergeben. Das ist Teil einer relativ jungen Geschichte, vor 101 Jahren. Warum sollten wir sagen, das sei nicht passiert? Wir sagen die Wahrheit. Wir werden dahin zurückkehren und wir kehren bereits zurück. Niemand kann uns aufhalten.“

Auch bei den Kämpfen im Dorf Kut in Gegharkunik im Juli sprach das aserbaidjanische Verteidigungsministerium vom Dorf „Zerkend in der Region Basarketschar“, was einige Beobachter bereits als indirekten Territorialspruch gegen Armenien betrachteten. Der aserbaidjanische social media-Analyst David Aga schrieb dazu auf Twitter: „Das aserbaidjanische Verteidigungsministerium benutzt zeitgenössische administrative Namen für armenische Siedlungen. Das ist neu.“

Alijews Eroberungsphantasien werden in Armenien sensibel registriert. Möglicherweise sind sie vor

allem Rhetorik, um bei Verhandlungen über einen abschließenden Friedensvertrag mit Armenien Druck auszuüben. Aserbaidschan könne die finale Anerkennung der territorialen Integrität Armeniens als mildtätige Konzession verkaufen, mutmaßte der Journalist Joshua Kucera in einer Analyse bei Eurasianet. Ob diese Taktik aufgeht, bleibt abzuwarten. Während Aliyev behauptet, sein Konfliktgegner blockiere die Aufnahme formeller Friedensverhandlungen, dementierte dies Armeniens Ministerpräsident Nikol Paschinjan. Aserbaidschans Strategie sei „vorhersehbar“, sagt Paschinjan. Dies schaffe nur Vorwände für eine weitere „aggressive Politik“ des Nachbarn.

Paschinjan, seit Mai 2018 Premierminister Armeniens, steht nach dem

Erfolg seiner Partei bei der Parlamentswahl im Juni gestärkt da. Obwohl sein Ansehen nach dem verlorenen Krieg und wegen seinem aus Sicht vieler Armenier mangelnden Verhandlungsgeschick gegenüber Aserbaidschan und Russland stark gelitten hat, konnte seine Partei Kaghazian Pajmanagir („Zivilvertrag“) erneut die absolute Mehrheit der Stimmen gewinnen, verlor aber knapp ihre vorherige Zweidrittelmehrheit der Sitze im Parlament. Paschinjans politisches Überleben wird nicht nur davon abhängen, ob er die Rückkehr der letzten armenischen Kriegsgefangenen aus Aserbaidschan erwirken kann. Maßgeblich dürfte vor allem sein, ob es ihm gelingt, bei den Friedensverhandlungen die Unabhängigkeit der Republik Artsach

und der dort lebenden Armenier zu bewahren. Sollte sich Aserbaidschan mit seiner Forderung durchsetzen, die Herrschaft auch über die Reste des Gebiets zu erlangen, dürften auch die letzten Armenier aus Artsach fliehen.

Marcus Latton, Jahrgang 1989, freier Journalist, studierte u.a. in Eriwan (Armenien) und unternahm ausgedehnte Reisen durch weitere postsowjetische Länder – darunter Aserbaidschan, Kirgistan, Ukraine und Georgien.

woxx@home

Abgang in zwei Stufen

Gleich nach seinem Studium und einem anschließenden Praktikum bei der Berliner taz landete er 2005 als Kulturredakteur bei der woxx. Ein Sprung ins kalte Wasser, dem eine Zeit vieler Umbrüche folgte. Das zweite Kulturjahr stand vor der Tür, die woxx plante eine radikale Blatthereform mit dem „umgekehrten“ Agendateil, was die Sonderstellung der Kultur nochmals verstärkte – ohne dass allerdings die (Personal)ressourcen des kleinen Printmediums entsprechend mitwuchsen. Allen Widrigkeiten zum Trotz entwickelte sich Luc Caregari zu einem streitbaren und zum bislang langlebigen Kul-

turverantwortlichen der woxx. Das Zepter hat er erst im März 2020 an Isabel Spigarelli weitergereicht, um sich vorrangig dem politischen Journalismus zu widmen. Allerdings ist in den 15 Jahren zuvor seine spontane Arbeitsorganisation nie einer langweiligen Routine gewichen. Und er fand schon damals immer wieder Zeit, „den Luxemburger Finanzplatz zu ärgern“, wie es im jüngsten woxx-Kulturpodcast (woxx.eu/lastluc) heißt, in dem Luc seine ganz persönliche Bilanz zieht. Denen da oben am Zeug flicken, das wird er in Zukunft hoffentlich weiter bei reporter.lu besorgen, losgelöst von wöchentlichen Redaktionsschlüssen, vordefinierten Artikellängen und dem Zwang druckfähige Bilder aufzutreiben.